



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 34
25.08.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 39,5 % und 38 %, SPD zwischen 24 % und 22 %
----------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Terroranschläge in Spanien
--------------------	----------------------------

Anlage:	Zeitreihen
---------	------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	FG Wahlen³ für ZDF	infratest dimap⁴ für ARD
CDU/CSU	38 (-1)	38 (-1)	39,5 (-)	39 (-1)	38 (-1)
SPD	24 (+1)	23 (-1)	24,0 (-1,0)	22 (-2)	22 (-2)
FDP	8 (-)	9 (+1)	10,0 (+1,0)	9 (+1)	9 (+1)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	8,0 (-1,0)	9 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	7 (-1)	7 (-1)	7,5 (+0,5)	8 (-)	8 (-)
AfD	9 (+1)	8 (+1)	7,0 (-)	9 (+1)	10 (+2)
Sonstige	5 (-)	6 (+1)	4,0 (+0,5)	4 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.	17.-23.08.	04.-17.08.	22.-24.08.	22.-23.08.

Die Union liegt bei FG Wahlen 17 (+1), bei infratest dimap 16 (+1), bei IfD Allensbach 15,5 (+1), bei Emnid 15 (-) und bei forsa 14 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	FG Wahlen³ für ZDF
Merkel	50 (-1)	55 (-5)
Schulz	23 (+1)	34 (+4)
keinen von beiden	27 (-)	
weiß nicht/spontan: keinen		11 (+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.	22.-24.08.

Angela Merkel liegt bei forsa 27 (-2) und bei FG Wahlen 21 (-9) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (27.08.2017)

² im Vergleich zur KW 29

³ im Vergleich zur KW 32

⁴ im Vergleich zur KW 32

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	36	(-1)
SPD	9	(-)
sonstige Parteien	10	(+2)
keine Partei	45	(-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 27 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

45 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

79 % (+4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (-1) von ihrer Partei.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	21	(+1)
schlechter	34	(-1)
unverändert	43	(+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 13 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA	
sehr große	13	(-1)
große	49	(-)
wenig	31	(+1)
keine	6	(-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.	

Personen mit mittlerer formaler Bildung (68 %) und Anhänger der Linkspartei (72 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (72 % zu 53 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (67 % zu 52 %).

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
Asien, Nordkorea	30 (+22)
USA	18 (+5)
Asylbewerber, Flüchtlinge	13 (+1)
Türkei	8 (-12)
Krieg/Terrorismus allgemein	8 (-1)
Syrien	6 (-6)
Naher Osten, arabische Länder	5 (-5)
Russland	4 (-2)
Islamischer Staat (IS)	4 (-2)
Afrika	4 (+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Ostdeutsche (35 %) sowie Anhänger der FDP (41 %) und der SPD (35 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	32 (-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	11 (+2)
Deutschland tut bereits genug	55 (+2)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.

Unter 30-Jährige (41 %), Personen mit hoher formaler Bildung (37 %) sowie Anhänger der Grünen (50 %), der SPD (42 %), der Linkspartei (41 %) und der FDP (39 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (37 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 61 %), über 60-Jährige (60 %) sowie Anhänger der Union (64 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	37 (-)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	43 (+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.08.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (47 %), Ostdeutsche (45 %) und Geringverdiener (43 %) sowie Anhänger der AfD (71 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (40 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (49 %) sowie Anhänger der Grünen (56 %), der Union und der FDP (jew. 54 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Terroranschläge in Spanien	16 (neu)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	14 (+2)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	13 (+10)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Kartellvorwürfe gegen deutsche Autobauer	12 (-6)
US-Präsidentschaft Donald Trump	11 (-5)
Politische Situation in der Türkei allgemein	8 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (-4)
Erhebungszeitraum	22.-23.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Terroranschlägen in Spanien.

Der Abgas- bzw. Dieselskandal wird überdurchschnittlich häufig von Gutverdienern (18 %), Männern (16 %) sowie Anhängern der FDP (22 %), der SPD (20 %) und der Linkspartei (19 %) als wichtiges Thema der Woche angesehen.



















